

Grußwort des Landes Nordrhein-Westfalen

Peer Steinbrück, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Ich will die Möglichkeit, nach Ihnen zu sprechen, Herr Kollege Müller, nicht missbrauchen, da ich weiß, dass, wenn ich jetzt zusätzliche bewertende Bemerkungen mache, dies relativ unfair wäre, da sie nicht replizieren können. Aber Sie erlauben mir sicher zwei oder drei Hinweise unter dem Eindruck Ihrer Rede.

Ich finde es sehr gut, wenn Sie daran festhalten, dass eine Fördermenge von 16 Mill. t Steinkohle im Jahr 2012 nun die Ausgangslage sein soll. Das, finde ich, ist eine wichtige Nachricht. Und ich füge nicht frech, sondern aufrichtig hinzu, ich würde mir wünschen, dass sich das auch im Parteienspektrum in Nordrhein-Westfalen durchsetzt.

Gebot der Sozialverträglichkeit

Ich finde Ihre Hinweise auch richtig mit Blick auf das Gebot der Sozialverträglichkeit. Zu der Leistung, die, mit Blick auf einen Prozess, der ja durchaus an Dramatik nicht zu überbieten ist, bisher erbracht worden ist, werde ich nachher einige sehr eindrucksvolle Zahlen liefern. Sie sind in Vergleich zu anderen Feldern zu setzen, wo es ebenfalls um Subventionsabbau oder um den Strukturwandel geht. Insofern unterstreiche ich ausdrücklich das, was Sie sagen. Mit Blick auf das Kriterium der Sozialverträglichkeit wissen wir dann allerdings auch automatisch, dass eine niedrigere Fördermenge im Jahr 2005 eben nicht mehr sozialverträglich zu erreichen ist. Wir reden dann über betriebsbedingte Kündigungen, und wir reden über betriebsbedingte Kündigungen nicht erst in den Jahren 2011/2012, sondern sehr viel früher.

Sie werden verstehen, dass es einen Dissenspunkt gibt, der sich auf die Frage der Beihilfenzahlung auch aus dem Kreis der Länder bezieht, aber – um das Gebot der Fairness nicht zu verletzen – gehe ich darauf nicht näher ein. Alle kundigen Thebaner in diesem Saal – und ich fürchte, das sind alle – wissen, dass der Beitrag des Saarlands mit Blick auf die Anpassung beziehungsweise auf die Verlängerung des Anpassungsgelds sich in einer Höhe von ungefähr 4 Mill. EUR/a bewegt. Ob Nordrhein-Westfalen wie bisher 588 Mill. EUR zahlen wird, darüber müssen wir reden. Sie werden verstehen, dass das in den weiteren Gesprächen über die finanzielle Flankierung dessen, was auch unter meiner Beteiligung im Juli 2003 beim Bundeskanzler be-

schlossen worden ist, einige Fragen aufwirft, mit denen ich aber jetzt niemanden strapazieren will.

Gewerbsteuer

Was den Frust des Oberbürgermeisters betrifft, den kann ich – jedenfalls in Teilen – nachvollziehen. Ich behaupte, lieber Herr Reiniger, dass mit dem jetzt hier vorgelegten Gesetzentwurf – der ja im Bundesrat noch nicht abgelehnt worden ist, er ist an den Vermittlungsausschuss überwiesen – mindestens etwas vorliegt, das in die Richtung dessen geht, was den Kommunen am ehesten helfen würde.

Sie wissen, dass es Stimmen in dieser Auseinandersetzung gibt – ich wiederhole das, ohne dass ich jemanden agitatorisch angehen will –, die nach wie vor über die Fragestellung diskutieren, ob wir überhaupt noch eine Gewerbesteuer haben sollen.

Es gibt andere, die über die Gestaltung dieser Gewerbesteuer ganz anderer Auffassung sind als das, was Gegenstand dieses Vorschlags ist, auch gerade mit Blick auf eine Stabilisierung, eine Verstetigung dessen, was über die Gewerbesteuererinnahmen für die Kommunen erreicht werden soll. Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn wir im Vermittlungsausschuss auf der Grundlage des jetzt vorliegenden Gesetzentwurfs so schnell wie möglich – und das heißt zum 1. Januar 2004 – für die Kommunen zu einer Lösung kommen, die mindestens in der derzeitigen politischen Reichweite etwas ist, was ich für tragfähig halte.

Jedes andere Modell, das jemanden bewegen sollte, die Abschaffung der Gewerbesteuer und stattdessen etwas völlig anderes wie zum Beispiel die Vorschläge, die aus dem BDI oder VCI



kommen – kommunale Einkommenssteuer mit Hebesatzrecht, gegebenenfalls kombiniert mit mehr Umsatzsteuerpunkten für die Kommunen –, lässt sich nicht innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahre zu Gunsten der Kommunen realisieren. Das wissen viele. Insofern würde mein Frust oder mein Verständnis für Ihren Frust sich eher steigern, wenn wir auf der Basis des jetzt vorliegenden Vorschlags nicht zueinander kommen können.

Essen – Messeplatz der Energiewirtschaft

Für den Steinkohlentag in Essen war als Tagungs-ort eigentlich immer automatisch der Saalbau die gesetzte Nummer 1. Sie alle merken, das ist heute anders. Wegen des Umbaus sind wir hier im Congress Center West der Messe Essen zusammengekommen.

Aber ich finde, auch ohne den Umbau hätte es die hiesige Messe in Essen verdient, dass der Steinkohlentag hier stattfindet, denn es ist durchaus etwas symbolisch, was der Oberbürgermeister schon andeutete. Ich erinnere daran, dass hier im nächsten Jahr zum vierten Mal die *World of energy and water* stattfinden wird.

Und das ist ein Hinweis, dass Essen sich inzwischen schlechthin zu dem Messeplatz für die Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen in der Bundesrepublik Deutschland und darüber hinaus entwickelt. Und dies ist fast symbolisch für den auch von Herrn Reiniger schon beschriebenen Strukturwandel, der hier stattgefunden hat.

Die Tradition ist darüber nicht verloren gegangen, aber die Kohle- und Stahlstandorte sind verschwunden, geblieben sind die Sitze großer Energiekonzerne, weltweit großer Energiekonzerne. Ich freue mich sehr, dass deren Vorstände und viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter anwesend sind. Das macht einen wesentlichen Teil dieses Strukturwandels aus. Wir können ihn hier erfahren.

Effizienz der Stromerzeugung vergrößern

Ein Blick in den Energiebericht der Bundesregierung zeigt, dass durch Stilllegung von Kernkraftwerken der Anteil der Kernenergie an der Stromerzeugung von derzeit nahezu 30 % bis zum Jahr 2020 auf 9 % absinken wird. Und damit stellt sich die Frage, welche Kapazitäten stattdessen in die Versorgungslücke hineinwachsen.

Der Anteil des Erdgases an der Stromerzeugung wird sich von etwa 10 auf 20 % verdoppeln. Das ist eine Teilantwort.

Der Anteil der heimischen Braun- und Steinkohle wird insgesamt nahezu unverändert bei sage und schreibe 40 % liegen, auch im Jahr 2020. Wenn das der weitere Anteil ist, den Braun- und Steinkohle zu unserer Stromversorgung beitragen, ist es aus Sicht der Landesregierung entscheidend, dass die Effizienz der Stromerzeugung aus Braun- und Steinkohle vergrößert wird.

Und ich stelle hier sehr deutlich aus der Sicht meiner Regierung fest, dass ein Verzicht auf

Weiterentwicklungen in diesem Bereich nicht nur mit Blick auf die Energieversorgungsstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern auch mit Blick auf die sich erweiternde Europäische Union – ja ich behaupte, mit Blick auf die Welt insgesamt – unverantwortlich wäre.

Deshalb ist es nach meiner Auffassung von strategischer Bedeutung, dass hier im Ruhrgebiet – und nirgends sonst – das Kraftwerk der Zukunft entwickelt wird.

Ich weiß, Prognosen zur Zukunft der Energiewirtschaft sind mit äußerster Vorsicht zu genießen. Dies habe ich selber feststellen können, da ich bei der Formulierung des ersten Energieprogramms der Bundesregierung Anfang der 1970er Jahre nach der ersten Ölpreiskrise in einer politischen Funktion in Bonn mitbeteiligt gewesen bin.

Sicher ist aber auch, dass drastische Änderungen der Anteile der einzelnen Energieträger in der weltweiten Versorgung kaum zu erwarten sind.

Und die neuesten Zahlen sprechen eher dafür, dass es einen Rückgang der Kohle nicht geben wird, dass sie mindestens ihren Anteil halten, wenn nicht sogar weiter erhöhen wird. Der Verbrauch an Braun- und Steinkohle ist im Jahr 2002 weltweit um 6,9 % gestiegen. Die Volksrepublik China hält hier mit fast 28 % eine Spitzenposition.

Und deshalb möchte ich darauf hinweisen, dass wir die Exportchancen für unsere Spitzenprodukte nicht verstreichen lassen dürfen, sondern dass wir, vor dem Hintergrund dieser weltweiten Entwicklungen, wirklich schlecht beraten wären, die Kenntnisse nicht zur Anwendung zu bringen, die wir haben.

Die Bergbaumesse China Coal and Mining im September 2003 in Peking und ihre Konferenzen zur Kraftwerkstechnologie und zur Energieeffizienz haben uns gezeigt, wie groß das Interesse dieses boomenden Markts ist. Ich will darauf hinaus, dass es uns auf die gesamte Wertschöpfungskette – von der hochtechnologischen Kohlengewinnung über die Aufbereitung bis hin zur Kohlennutzung in modernsten Kraftwerken – ankommt. Und wenn Sie mich fragen, sollten diese Kraftwerke vornehmlich ihren Standort in Nordrhein-Westfalen und nicht woanders haben.

Ich halte die Verkürzung des Themas Steinkohle allein auf das Thema der Fördermenge und die Frage, wie sich die Degression bei den Beihilfen ergibt, für eine verkürzte Debatte, da wir in Wirklichkeit über diese Wertschöpfungskette zu debattieren haben, die in meiner Sicht – und das habe ich versucht auszuleuchten – mit Blick auf die weltweite Entwicklung ein erhebliches Export- und damit Beschäftigungspotenzial in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch in Nordrhein-Westfalen hat.

Allerdings, wie ich hinzufügen möchte, nur unter Rahmenbedingungen, die Planungssicherheit gewährleisten. Nur dann kann unsere Spitzentechnologie im Kraftwerksbau zum Schutz von Klima und Umwelt auch an anderen Standorten beitragen.

Keine Diskriminierung einzelner Energieträger

Dazu gehört auch die rasche Übernahme der flexiblen Kyoto-Mechanismen in das System des Emissionshandels. Sie setzt voraus, dass Diskriminierungen – eben einzelner Energieträger – künftig unterbleiben.

Wir müssen uns darauf konzentrieren können, in Deutschland kostengünstige CO₂-Minderungsstrategien zu entwickeln und einzusetzen, die hier industrie- und strukturpolitische Wertschöpfungsketten entstehen lassen.

Ich sage, unsere heimische Kohle hat deshalb gute Chancen, als Primärenergieträger bei der Verstromung eingesetzt zu werden und damit auch hier in Deutschland zur Versorgungssicherheit beizutragen. Ich erinnere noch einmal an den 40-%-Beitrag der Kohle zur Stromversorgung im Jahr 2020. Ich sage, unsere Steinkohle ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Und wenn es nach Auffassung der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen geht, wollen wir, dass dies so bleibt. Deshalb drängt die Landesregierung darauf, einen lebensfähigen Bergbau und nicht nur einen Museumsbergbau in Bochum zu sichern.

Ich glaube, dass dafür die Grundlagen geschaffen worden sind, nicht zuletzt in dem schon viel zitierten Gespräch beim Herrn Bundeskanzler Mitte Juli dieses Jahrs. Ich glaube, dass dabei richtige Perspektiven für eine Anschlussregelung nach dem Auslaufen der gültigen kohlepolitischen Vereinbarung von 1997 bis 2005 entworfen worden sind. In der Tat kommt es jetzt darauf an, dies finanzpolitisch zu flankieren.

Diejenigen, die glauben, dass darüber hinaus ein weiterer Sinkflug, um nicht zu sagen ein weiterer Sturzflug das Richtige sei – die jedenfalls einer solchen Tendenz das Wort reden, eine solche Entwicklung möglicherweise billigend in Kauf nehmen –, denen möchte ich entgegenhalten, dass ich dies energiepolitisch nicht für vernünftig halte. Ich glaube, dass sie auch die wirtschaftspolitische Bedeutung der von mir mehrfach zitierten Wertschöpfungskette in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen verkennen. Sie verkennen insbesondere den Unsinn, der dahinter stecken mag, die damit verbundenen sozialen Kosten eines solchen Sturzflugs zu den vermeintlich eingesparten Beihilfen in Beziehung zu setzen. Es erscheint mir volkswirtschaftlich – auch sozialpolitisch – nicht besonders sinnvoll, dass bei einem solchen Kurs die damit verbundenen sozialen Kosten sehr viel höher sein können als die vermeintlich eingesparten Beihilfen. Deshalb glaube ich, ist diese Einigung auf 16 Mill. t im Jahr 2012 ein sehr wichtiges Datum, und ich freue mich noch einmal über die Bestätigung meines Ministerpräsidenten-Kollegen Müller aus dem Saarland, dass dies nun die Basis dessen sein soll, worüber wir, mit Blick auf die Anschlussregelung, weiter reden.

Beispielloser Schrumpfungsprozess

Ich will an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, dass kein Wirtschaftszweig – nach

meiner Erinnerung in der gesamten Bundesrepublik Deutschland – einen solchen Schrumpfungsprozess in den letzten Jahrzehnten gemeistert hat wie die Steinkohle.

Seit dem Jahr 1960 sank die Steinkohlenförderung von fast 146 auf knapp 27 Mill. t SKE, das ist eine Absenkung von 81,6 %. Die Anzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum von 490 000 auf 48 000 Beschäftigte und damit sogar um 90 %. Und die Kohlevereinbarung aus dem Jahr 1997 sieht in der Laufzeit bis Ende 2005 ein Absinken der Subventionen – lassen Sie mich diesen Begriff in die Debatte werfen – von ungefähr 45 % vor. Und die Degression wird selbstverständlich weitergehen.

Ich kenne bei den direkten Finanzhilfen, die in der Bundesrepublik Deutschland und in den Ländern fließen, keinen anderen Bereich, wo es solche Entwicklungen gegeben hat. Ich kenne ihn übrigens auch nicht bei Steuervergünstigungen. Vor diesem Hintergrund erschienen mir manche Beiträge der letzten Monate in der Debatte über den Subventionsabbau von einer gewissen Kenntnislosigkeit über die Entwicklungen im Steinkohlenbereich gekennzeichnet.

Mein Dank und meine Anerkennung gelten in diesem Zusammenhang und an dieser Stelle besonders den Bergleuten und ihren Familien. Sie haben maßgeblich zu diesem Subventionsabbau – durch Lohnverzicht, hohe Flexibilität und hohe Leistungsbereitschaft – beigetragen. Und dies sollte deutliche Anerkennung auch auf diesem Steinkohlentag finden.

Sicherheit auf höchstem Niveau

Viele von Ihnen werden wahrscheinlich in den letzten Tagen den Film „Das Wunder von Lengede“ gesehen haben. Deshalb will ich zum Abschluss meiner Ausführungen noch auf die Frage zu sprechen kommen, wie es mit der Sicherheit hier bei uns aussieht. Denjenigen, die diesen Film gesehen haben und denen dabei die Augen etwas feucht geworden sind, rate ich zusammen mit dem Bundeskanzler anschließend den Film „Das Wunder von Bern“ zu sehen, dann geht es weiter.

Wer die Entwicklung des Unfallgeschehens im Bergbau verfolgt, der weiß, dass unsere Schachtfördertechnik und unsere Sicherheitstechnik in der Welt eine Spitzenstellung einnehmen.

Die Entwicklung der Arbeitssicherheit in allen Sparten des Bergbaus zeigt, dass die Unfallstatistik praktisch nur noch Individualunfälle ausweist, dass Katastrophen, wie die im Jahr 1962 auf dem Steinkohlenbergwerk Luisenthal in Völklingen und vor allen Dingen im Jahr 1963 auf der Erzgrube Mathilde in Lengede Gott sei Dank der Vergangenheit angehören. Die traurige Erinnerung daran sitzt allerdings noch sehr tief, wie man insbesondere bei dem Film sehen kann. Von solchen Katastrophen werden wir hoffentlich weiter verschont bleiben.

In Russland und in den Schwellenländern sieht das – wie wir ziemlich häufig aus den Zeitungen erfahren und wie uns die jüngsten Unglücke in Nowoschachtinsk und in der Volksrepublik China gezeigt haben – leider anders aus.

Sie zeigen uns allerdings auf der anderen Seite auch, dass wir mit unserer Philosophie der Sicherheit auf höchstem Niveau den richtigen Weg beschritten haben. Sie zeigen uns mehr als das: Wir müssen ihnen unsere Sicherheitstechnik nahe bringen, und auch dies gehört wiederum zu der von mir beschriebenen Wertschöpfungskette. Zum Teil ist uns dies bereits gelungen.

Damit wir unsere führende Rolle in der Energie- und in der Steinkohlentechnik beibehalten und ausbauen können, müssen wir die Weichen für die nächste Zukunft im Steinkohlenbergbau stellen. Ich glaube, dass es dazu gute Voraussetzungen gibt nach den Gesprächen, die in diesem

Jahr stattgefunden haben, nach den ersten nicht nur tastenden, sondern in die richtige Richtung gehenden Versuchen, dies auch finanzpolitisch zu flankieren. Ich bin sehr froh über die gute Zusammenarbeit mit der Bundesregierung. Ich biete deshalb die Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen auf der weiteren Wegstrecke an. Nicht aus irgendeiner karitativen Einstellung zum Steinkohlenbergbau, nicht aus irgendeiner nostalgischen Vorstellung, welche Bedeutung Steinkohle in Essen und darüber hinaus im Ruhrgebiet gehabt hat, sondern weil ich von dem Wirtschaftsfaktor und von dem Technologiepotenzial dieses Sektors absolut überzeugt bin.